

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS UND DER SOZIALISTISCHEN PARTEI FRANKREICHS ZUR ZUKUNFT EUROPAS

I. PRÄAMBEL

Deutschland hat am 1. Januar 2007 die Präsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. Im zweiten Halbjahr 2008 wird Frankreich diese Verantwortung tragen. Die Sozialistische Partei Frankreichs (PS) und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) haben diesen Zeitpunkt gewählt, um ein gemeinsames Dokument vorzulegen: Ziel beider Parteien ist es, zu den großen Herausforderungen des europäischen Einigungsprozesses im 21. Jahrhundert gemeinsam Stellung zu beziehen.

Europa hat am 25. März 2007 anlässlich der Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 50 Jahren ein in der Geschichte des Kontinents einmaliges Erfolgsprojekt gefeiert: Die Europäische Union hat sich zum erfolgreichsten Friedensprojekt in der Geschichte Europas entwickelt. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Sozialistische Partei Frankreichs haben durch ihre Zusammenarbeit und das gemeinsame Wirken großer sozialistischer und sozialdemokratischer Staatsmänner bedeutende Impulse zur Fortentwicklung dieses politischen und ökonomischen Integrationsprojektes gesetzt.

In den zurückliegenden Jahrzehnten ist es gelungen, große Projekte wie die friedliche Einigung des Kontinents durch die Erweiterung der EU, die Schaffung des weltweit größten einheitlichen Binnenmarktes und die Einführung einer einheitlichen Währung mit großen Vorteilen für Stabilität, Frieden und Wohlstand zu verwirklichen. Unsere beiden Parteien sind sich dieses Erbes bewusst. Sie sind stolz auf das Errungene! PS und SPD sind sich jedoch auch bewusst, dass die Europäische Union nicht beim Erreichten stehen bleiben darf, wenn es die Europäerinnen und Europäer wieder für das neu für das europäische Projekt begeistern will. Wir bekräftigen daher unseren gemeinsamen Willen, den europäischen Integrationsprozess gemeinsam fortzusetzen und ihm eine stärkere soziale Ausrichtung zu geben. Das hohe Niveau der wirtschaftlichen und währungspolitischen Integration muss in einer echten europäischen Sozialunion seine Ergänzung finden. Wir streben eine europäische Sozialunion an, in der soziale Aspekte bei der Planung und Umsetzung europäischer Politik gebührend Berücksichtigung finden. Soziale Grundrechte, wie sie in der Europäischen Grundrechte-Charta enthalten sind, müssen die Basis politischen Handelns sein. Ein hohes Maß an sozialem Schutz und sozialer Gerechtigkeit muss als Vorteil im internationalen Wettbewerb akzeptiert und politisch verteidigt werden.

Vor diesem Hintergrund bekräftigen PS und SPD ihren Willen, den europäischen Integrationsprozess im Sinne ihrer sozialdemokratischen und sozialistischen Grundwerte gemeinsam voranzutreiben. Wir sind uns der Verantwortung Frankreichs und Deutschlands und unserer beiden Parteien sehr wohl bewusst. Gemeinsam streben wir ein starkes und soziales Europa an, das als effiziente Friedensmacht in den internationalen Beziehungen für Multilateralismus und eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, für eine soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung und eine gerechte Organisation der internationalen Handelsbeziehungen, für die Bekämpfung von Armut, für Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen eintritt.

II. EUROPA: MOTOR FÜR WOHLSTAND UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Herausforderungen und Chancen für Europa

Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie die voranschreitende weltwirtschaftliche Verflechtung, demographische Veränderungen und der Übergang von der Industrie- zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft haben einschneidende Auswirkungen auf die sozialen und gesellschaftlichen Systeme der europäischen Staaten. Die Dynamik der internationalen Finanzströme sowie des Waren- und Dienstleistungsverkehrs macht es den Mitgliedstaaten der EU zunehmend schwerer, die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten und auf diese Weise im Interesse des Gemeinwohls ein notwendiges Gegengewicht zu den freien Kräften des Marktes zu schaffen.

Dies bedeutet jedoch keinesfalls, dass die europäischen Gesellschaften das bewährte und in langer Tradition gewachsene europäische Wirtschafts- und Sozialmodell aufzugeben haben. Das Gegenteil ist richtig: Der Kerngedanke des Modells, dass wirtschaftliche Dynamik und ein hohes Niveau sozialer Absicherung untrennbar zusammen gehören, ist und bleibt zeitgemäß. Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzen einander. Europa muss die großen Herausforderungen unserer Zeit annehmen! Politischer Mut und Innovationsbereitschaft sind nötig, um die Zukunft Europas zum Wohle seiner Bürger zu gestalten.

Nationale Reformen durch Maßnahmen auf europäischer Ebene ergänzen

Nationale Reformanstrengungen sind hierfür unabdingbar. Doch auch die Europäische Union kann und muss einen Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum, Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und kultureller Vielfalt in Europa leisten. Vor diesem Hintergrund bekräftigen die französischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten die Notwendigkeit, beide Dimensionen des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells zu stärken, die wirtschaftliche ebenso wie die soziale Dimension. Selbstverständlich ist wirtschaftliches Wachstum von hoher Bedeutung! Jedoch ist es kein Selbstzweck. Erst wenn es dem Wohl der Menschen dient – und zwar nicht einiger Weniger, sondern allen Menschen –, erfüllt es seine Bestimmung.

Mit dem europäischen Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung trägt die europäische Integration bereits heute in erheblichem, gleichwohl noch weiter zu steigendem Maße zu Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in Europa bei. Die Verstärkung der Arbeitsteilung im europäischen Binnenmarkt hat unbestreitbar zu höherer Effizienz und größerem Wohlstand geführt. Um die noch nicht ausgeschöpften wirtschaftlichen Potenziale des Binnenmarktes optimal zu nutzen, treten wir dafür ein, ihn behutsam weiter zu entwickeln und durch eine bessere europäische Gesetzgebung unnötige bürokratische Hemmnisse weiter abzubauen. Dabei gilt es jedoch stets darauf zu achten, dass Marktöffnung und Bürokratieabbau nicht auf Kosten der sozialen und ökologischen Standards in Europa betrieben werden. Hierzu ist eine systematische und verbindliche Analyse der sozialen Auswirkungen, die durch die europäische Gesetzgebung erzeugt werden, dringend erforderlich.

Fortschritte bei zukunftssträchtigen Themen wie Klimaschutz und Energiesicherheit erreichen

Europas Vorreiterrolle im Bereich des Klimaschutzes muss dauerhaft ausgebaut werden. Dem sich immer deutlicher abzeichnenden Klimawandel kann nur mit international abgestimmten gemeinsamen Anstrengungen erfolgreich begegnet werden. Deshalb kommt es darauf an, ausgehend von den bereits im Rahmen des Kyoto-Protokoll vereinbarten Zielsetzungen zur Emissionsverringerung neue, verpflichtende Ziele für den Zeitraum nach 2012 einzugehen. Wir treten gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für ein starkes Engagement der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in den internationalen Verhandlungsgremien ein.

Um der zunehmenden Erdöl- und Erdgasknappheit, einem steigenden Energiebedarf sowie den immer höheren Öl- und Gaspreisen begegnen zu können, muss die Energiepolitik auch in der europäischen Politik eine zentrale Stellung einnehmen. Die künftige Entwicklung Europas wird in starkem Maße von einer sicheren, ökonomischen und zugleich umweltverträglichen Energieversorgung abhängen. Unsere politischen Prioritäten sind dabei: höhere Energieeffizienz, ambitionierte europäische Zielsetzungen zur Entwicklung erneuerbarer Energieträger sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen produzierenden Ländern, Transitländern und Abnehmerländern. Eine im europäischen Rahmen abgestimmte nachhaltige Energiepolitik trägt nicht nur zu größerer Versorgungssicherheit bei, sondern schont auch das Klima und kann dem wirtschaftlichen Wachstum und der technologischen Innovation in Europa neue Impulse verleihen.

Den europäischen Haushalt zugunsten zukunftssträchtiger Ausgabenbereiche wie Bildung, Forschung und Innovation neu ausrichten

Für die Zukunftsfähigkeit ist von entscheidender Bedeutung, die EU als führenden Standort für Spitzenforschung und Spitzentechnologie im Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten und Asien zu positionieren. Die Europäische Union muss mit ihrem Haushalt auf diese Herausforderungen der Zukunft reagieren. Die Struktur des europäischen Haushaltes muss daher mit der Zielstellung geändert werden, zukunftssträchtige Investitionen in Forschung und Bildung zu steigern und auf regionaler Ebene ein wirksames Vorgehen gegen die sozialen Auswirkungen globalisierungsbedingter Deindustrialisierungstendenzen zu ermöglichen. Die Ausgaben für die Landwirtschaft müssen reduziert und die dadurch freigesetzten Mittel für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden. Bei der 2008 vorgesehenen Revision des Haushalts könnte ein erstes Zeichen für eine Neuausrichtung gesetzt werden. Das Ziel der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, 3 % des BIP in die Forschung zu investieren, stellt eine entscheidende Etappe dar.

Die makroökonomische Koordinierung auf europäischer Ebene effizienter gestalten

Um die wirtschaftliche Entwicklung in Europa zu stabilisieren und nachhaltig zu gestalten, müssen effektive Möglichkeiten für eine makroökonomische Koordinierung auf europäischer Ebene geschaffen werden. Wir setzen uns insbesondere für eine Stärkung der wirtschafts- und finanzpolitischen Lenkungsfunction der Eurogruppe ein. Wir fordern außerdem, dass die Europäische Zentralbank die ihr bereits in den Verträgen eingeräumten Spielräume zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung konsequent nutzt.

Von großer Bedeutung ist es zudem, dem Lissabon-Prozess neue Impulse zu verleihen und die Wettbewerbsfähigkeit unseres wissensbasierten Wirtschaftsraums in der Praxis zu stärken. Die im Jahr 2005 auf den Weg gebrachte Neuausrichtung der Lissabon-Strategie

eröffnet dafür neue Chancen. Bei konsequenter Umsetzung durch die europäischen Mitgliedstaaten kann sie zu mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa bei gleichzeitiger Förderung des sozialen Zusammenhalts und einer Verbesserung des Umweltschutzes beitragen. Die Reformanstrengungen sollten dabei vorrangig auf die Steigerung der Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung sowie auf die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt insbesondere für Jugendliche und ältere Menschen gerichtet sein. Auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vor allem durch die Bereitstellung ausreichender Betreuungseinrichtungen für Kinder und pflegebedürftige ältere Menschen sowie die Förderung des lebenslangen Lernens durch verbesserte Angebote zur beruflichen Bildung, sind von entscheidender Bedeutung.

Die politische und soziale Integration stärken

Der europäische Integrationsprozess war in den zurückliegenden Jahrzehnten durch eine Asymmetrie gekennzeichnet, die der ökonomischen Liberalisierung den Vorrang vor der politischen und sozialen Integration gab. Umso dringender stellt sich nun die Aufgabe, die bereits bestehenden sozialpolitischen Ansätze auf europäischer Ebene weiter zu vertiefen und sie so zu ergänzen, dass sie die Kontur einer echten europäischen Sozialunion annehmen. Dieser Aufgabe fühlen wir uns als Sozialdemokraten und Sozialisten in besonderer Weise verpflichtet. Dabei lassen wir uns in unserem Handeln von folgenden Zielen leiten:

a) Fairen Standortwettbewerb organisieren:

Damit eine staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik auch unter den Bedingungen einer umfassenden Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft im Interesse des Gemeinwohls möglich bleibt, muss der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze innerhalb Europas verhindert werden. Wir treten daher nachdrücklich für eine europaweit einheitliche Bemessungsgrundlage bei Unternehmenssteuern sowie für die Einführung eines Korridors für Mindestsätze zur Besteuerung von Unternehmen ein.

b) Lohn- und Sozialdumping verhindern - gemeinsame Sozialstandards schaffen:

Eine Gefahr für die Grundlagen des europäischen Sozialmodells geht potenziell auch von einer Abwärtsspirale bei den Löhnen und den grundlegenden sozialen Standards in Europa aus. Lohn- und Sozialdumping dürfen in Europa keine Chance haben, sie verhindern einen fairen Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze. Wir stehen dafür ein, dass es eine solche Entwicklung nicht geben wird. Stattdessen wollen wir darauf hinarbeiten, dass es europaweit schrittweise zu einer Annäherung der grundlegenden sozialen Standards kommt. Unter Respektierung der Kompetenz eines jeden Landes für seine soziale Gesetzgebung sollte eine Agenda des sozialen Europa erarbeitet werden, in der der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer und dem Kampf gegen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit vorrangige Bedeutung beigemessen wird. Es sollten soziale Konvergenzkriterien, soziale Mindeststandards und Mindestlöhne, bezogen auf das BIP jedes Staates, festgelegt werden.

c) Arbeitnehmerrechte in Europa stärken:

Es gilt, die bereits existierenden europäischen Regelungen in den Bereichen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes so auszubauen, dass die Qualität der Arbeit in Europa spürbar verbessert wird. Tragende Säulen des europäischen Sozialmodells sind zudem betriebliche Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und

ihrer Interessenvertreter. Auch in diesem Bereich sind auf europäischer Ebene Fortschritte notwendig, die über die bisherigen Regelungen hinausgehen. Über bloße Informations- und Konsultationsrechte hinaus wollen wir die Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer im Unternehmen im Sinne von Mitbestimmungskompetenzen weiter ausbauen.

d) Soziale Gesetzesfolgenabschätzung stärken:

Ein probates Mittel zur Wahrung sozialer Standards in Europa ist zudem das Instrument der Einschätzung der sozialen Auswirkungen von Gesetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommission bei der Evaluierung europäischer Regelungen stärker noch als bisher deren soziale wie ökologische Folgewirkungen berücksichtigt. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass der Ministerrat und das Europäische Parlament die Analysen der Kommission auch tatsächlich in die europäische Gesetzgebung einfließen lassen.

e) Ein hohes Niveau von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sichern:

Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge sind auch weiterhin ein unverzichtbares Element des europäischen Gesellschafts- und Sozialmodells. Betroffen sind so unterschiedliche Bereiche wie die Wasserversorgung, die soziale Sicherung und das Gesundheitswesen, der öffentliche Verkehr oder der soziale Wohnungsbau. Diese Leistungen der Daseinsvorsorge müssen auch zukünftig in hochwertiger Qualität und zu erschwinglichen Preisen in ganz Europa zugänglich sein. Um dies sicherzustellen, sollte auf europäischer Ebene ein allgemeiner Rechtsrahmen für Leistungen der Daseinsvorsorge geschaffen werden. Dieser rechtliche Rahmen muss sowohl die soziale Qualität der Leistungen der Daseinsvorsorge berücksichtigen als auch entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip die jeweiligen Strukturen in den Mitgliedstaaten respektieren. Gemeinsam mit unseren sozialdemokratischen Partnern in Europa setzen wir uns für eine gesetzliche Regelung dieser Fragen ein. Die Bereiche Wasser, Strom und Gas bedürfen dabei unserer besonderen Aufmerksamkeit, denn hier gilt es, sowohl Monopolstellungen als auch das uneingeschränkte alleinige Wirken der Gesetze des Marktes zu verhindern.

Für die PS und die SPD ist eine europäische Sozialunion keine abstrakte Vision in ferner Zukunft. Wir sehen in ihr vielmehr einen konkreten Gestaltungsauftrag. Wir sind fest davon überzeugt, dass ein solches Europa, das nicht nur ein Wirtschafts-, sondern auch ein Sozialraum ist, zu einem Motor für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in Europa werden kann.

III. EUROPA: FRIEDENSMACHT IN DER WELT

Die Welt im angehenden 21. Jahrhundert ist durch eine Reihe von Paradoxien gekennzeichnet. Sie hat zwei Gesichter: Auf der einen Seite lassen sich positive Tendenzen in Richtung zunehmender Integration, wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit, Demokratisierung, Multilateralismus oder auch einer fortschreitenden Verrechtlichung der internationalen Beziehungen feststellen. Auf der anderen Seite ist die Welt aber auch geprägt von Armut, Hunger, der Verletzung von Menschenrechten, in manchen Regionen der Welt auch von Staatsverfall, von Bürgerkriegen und ethnischen Konflikten; internationaler Terrorismus und religiöser Fanatismus sind ebenfalls Teil dieser Realität .

Durch den technologischen Fortschritt ist die Welt näher zusammengerückt. Die Verflechtungen zwischen den Staaten und Regionen der Welt haben merklich zugenommen. Chancen und Risiken müssen verstärkt im globalen Maßstab betrachtet und bestimmt werden. Um die eigene Freiheit und die eigene Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten, muss Europa Verantwortung in der Welt übernehmen. Europa muss zu Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in anderen Regionen der Welt durch die aktive politische Unterstützung eines effizienten Multilateralismus beitragen.

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit einem globalen Sicherheitskonzept weiter entwickeln

Nach den Erfahrungen in den Konflikten auf dem Balkan und den unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten zum Irak-Konflikt hat die Europäische Union im Dezember 2003 eine Sicherheitsstrategie für ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/ESVP) entwickelt. Mit diesem gemeinsamen politischen Ansatz, aber auch mit ihren handels- und entwicklungspolitischen Instrumenten, verfügt die Europäische Union schon jetzt über ein erhebliches politisches Gewicht in den internationalen Beziehungen. Auf dieser Basis kann und muss Europa als Friedensmacht zukünftig einen starken Beitrag zur friedlichen Prävention und zur Beilegung von Konflikten weltweit, zur Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, zu multilateraler Rüstungskontrolle und zur Abrüstung, zur allgemeinen Durchsetzung der Menschenrechte sowie zur Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt leisten.

Der außenpolitische Handlungsrahmen Europas muss dabei durch einen sehr weit gefassten Begriff von Frieden und Sicherheit abgesteckt werden. Frieden ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg. Dauerhafter Frieden verlangt insbesondere auch die beständige, manchmal mühselige, aber nie überflüssige Arbeit an den ihm zugrunde liegenden sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen und politischen Voraussetzungen. Die auf Grundlage eines umfassenden Sicherheitsbegriffs verabschiedete europäische Sicherheitsstrategie trägt dieser Einsicht Rechnung. Sie erweist sich als eine ausgezeichnete strategische Richtschnur zur Weiterentwicklung der europäischen Außenpolitik. Eines steht für uns bei der Förderung, Schaffung und Durchsetzung von Frieden und Stabilität unumstößlich fest: Europäische Friedensmissionen bedürfen in jedem Fall eines vorher erteilten klaren völkerrechtlichen Mandats und müssen Teil einer politischen Gesamtstrategie sein, bei der auch andere Instrumente wie diplomatische oder handels-, entwicklungs- und menschenrechtspolitische Ansätze zum Tragen kommen.

In der sozialdemokratischen Solidaritätstradition bilden Freiheit und Demokratie sowie eine soziale, wirtschaftliche und ökologisch nachhaltige Entwicklung die Voraussetzungen für eine dauerhafte und für alle Menschen gleiche Sicherheit. Mit ihrem breit gefächerten Spektrum außenpolitischer Handlungsinstrumente hat die Europäische Union durchaus die Fähigkeit, ein zentraler Akteur in den internationalen Beziehungen zu sein. Insbesondere die Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent sollte eine Priorität unserer Politik werden.

Dieses außenpolitische Engagement Europas muss in konkreten Zielen zum Ausdruck kommen, die wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern und Freunden umsetzen wollen.

a) Internationale Organisationen stärken:

Zentraler Baustein einer umfassenden globalen Friedensarchitektur müssen die Vereinten Nationen sein. Hieran besteht für uns kein Zweifel. Sie sind die einzige internationale Instanz, die potenziell die Autorität und Legitimität besitzt, einer weltumspannenden Friedens- und Rechtsordnung den Weg zu bereiten. Umso dringender müssen Effizienz und Legitimität der Strukturen und Verfahren der Vereinten Nationen verbessert werden. Der UN-Reformgipfel im September 2005 hat in dieser Frage keine ausreichenden Fortschritte gebracht. Wir halten daher perspektivisch einen neuen Reformanlauf für unabdingbar. Dabei müssen nicht nur der Sicherheitsrat, sondern auch der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Vereinten Nationen in ihrer Autorität, Effektivität und Legitimität nachhaltig gestärkt und in die Lage versetzt werden, einen wirksamen Beitrag zur friedlichen Lösung von Konflikten in der Welt und zur Gestaltung einer sozial gerechten Globalisierung zu leisten. Wir unterstützen die Idee eines zum Sicherheitsrat analog gestalteten Wirtschafts- und Sozialrats.

b) Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen voranbringen:

Dringend erforderlich sind darüber hinaus auch beschleunigte nationale wie internationale Anstrengungen im Bereich der Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik. Nicht zuletzt die aktuellen Konflikte um Atomprogramme führen die Bedeutung eines starken Engagements der internationalen Gemeinschaft auf diesem Gebiet eindringlich vor Augen. Massenvernichtungswaffen und ihre Verbreitung stellen ohne Zweifel eine der größten Bedrohungen des internationalen Friedens dar. Deshalb wollen wir uns für die Stärkung des internationalen Nichtverbreitungsvertrags für atomare Waffen in seinen beiden Dimensionen einsetzen. Auf der einen Seite muss wirksam verhindert werden, dass weitere Staaten in den Besitz von Atomwaffen gelangen, andererseits müssen die bestehenden Atomwaffenarsenale perspektivisch schrittweise reduziert werden. Weiterhin gilt es, die internationalen Überwachungs- und Kontrollmechanismen insbesondere im Rahmen der Internationalen Atomenergiebehörde zu verbessern. Wir streben auch zusätzliche Fortschritte auf dem Gebiet der konventionellen Abrüstung an, vor allem durch die Kontrolle von Kleinwaffen. Weniger Waffen – dies ist unsere feste Überzeugung – bedeuten mehr Sicherheit für die Menschen in Europa und weltweit.

c) Den Ausbau der GASP und der ESVP vorantreiben:

Über das europäische Engagement zur Reform der internationalen Organisationen hinaus kann und muss Europa selbst einen aktiven Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit in der Welt beisteuern. Eine handlungsfähige europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist hierfür unerlässlich. Derzeit ist die Europäische Union bereits in zahlreichen zivilen als auch militärischen Missionen aktiv, die dem Frieden und der Stabilität in Europa und in der Welt dienen. Die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der europäischen und internationalen Missionen verdienen Respekt und Anerkennung. In vielen Regionen der Welt, z.B. im ehemaligen Jugoslawien, in der Demokratischen Republik Kongo oder im Nahen Osten, haben sie maßgeblich zur friedlichen Prävention, zur Beilegung bzw. Eingrenzung von Konflikten und zur Schaffung einer Friedensperspektive beigetragen. Vor diesem Hintergrund halten wir es für richtig und wichtig, die zivilen wie auch militärischen Fähigkeiten der Europäischen Union weiter zu optimieren und schrittweise auszubauen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang das „Battle group“-Konzept der Europäischen Union, in dessen

Rahmen mobile Einsatzkräfte aufgebaut werden, die schnell und flexibel auf Krisen weltweit reagieren können. Mit Hilfe dieser Einheiten kann die EU wirksam zur Beilegung von Konflikten und zur Verhinderung von humanitären Katastrophen beitragen. Europäische Einsatzkräfte können nicht nur das Leben und die Sicherheit vieler Menschen in der Welt schützen und retten. Indem sie helfen, Frieden und Stabilität in anderen Regionen der Welt zu schaffen, dienen sie auch den Sicherheitsinteressen der Menschen in Europa.

d) Die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik fortsetzen:

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union ist ein weiteres wesentliches Element der europäischen Friedenspolitik. Kein anderer Staat und keine andere Region der Welt übt eine vergleichbare Anziehungskraft auf angrenzende Staaten und Gesellschaften aus. Durch eine schrittweise betriebene Erweiterung konnte der europäische Stabilitätsraum im Laufe der Zeit auf immer mehr Staaten ausgedehnt werden. Sowohl in der Erweiterungspolitik als auch in der neuen Nachbarschaftspolitik der EU sehen wir für die Zukunft wichtige Instrumente für eine weitere Demokratisierung und Stabilisierung im europäischen Raum und in den angrenzenden Regionen. Eine Intensivierung und Erneuerung der Nachbarschaftspolitik muss sich stärker als bisher an den individuellen Möglichkeiten der jeweiligen Länder orientieren, muss ihre konkreten Zielstellungen in Bezug auf die Veränderungen im eigenen Land und ihre Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Dabei gilt es zu verhindern, dass im Raum zwischen der EU und Russland ein integrations- und sicherheitspolitisches Vakuum entsteht. Gemäß der europäischen Sicherheitsstrategie hat sich die EU dafür einzusetzen, dass sich in ihrer Nachbarschaft ein Kreis von demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlich orientierten Ländern entwickeln kann.

Europa als wirkungsvolle Friedensmacht in den internationalen Beziehungen zu etablieren, ist eines der bedeutsamsten europäischen Projekte der kommenden Dekaden. Wir wollen uns dieser Aufgabe mit Mut und Tatkraft widmen, denn sie bietet die Chance, auch die Menschen in Europa wieder für Europa zu begeistern.

IV. EUROPA AUF EINE NEUE KONSTITUTIONELLE GRUNDLAGE STELLEN

Angesichts des französischen „Nein“ zum europäischen Verfassungsentwurf im Referendum vom 29. Mai 2005 und der Ratifizierung des gleichen Textes durch Deutschland werden sich unsere beiden Parteien dafür einsetzen, eine Perspektive für das Europa von morgen zu entwickeln, die der sozialen Dimension einen privilegierten Platz einräumt und gleichzeitig die notwendige Reform der Institutionen vorantreibt.

Wir wollen ein transparentes und bürgernahes Europa, das nicht nur wirtschaftlich, sondern insbesondere auch sozial stark ist und nach innen wie außen voll handlungsfähig ist. Hierzu bedarf die mittlerweile auf 27 Mitgliedstaaten angewachsene Union dringend einer neuen vertraglichen Grundlage.

Die Kritikpunkte der Bürgerinnen und Bürger, die in den zurückliegenden Debatten insbesondere auch im Zusammenhang mit dem französischen Verfassungsreferendum im Mai 2005 gegenüber dem bestehenden Verfassungstext mit Nachdruck vorgebracht worden

sind, wollen wir aufgreifen und in unser Projekt einer Erneuerung der Europäischen Union einfließen lassen. Neben den Kritikpunkten am europäischen Verfassungsentwurf gilt es bei einer Neufassung der europäischen Vertragsgrundlagen auch die substanziellen Fortschritte anzuerkennen, die der aktuelle Verfassungstext mit sich bringt. Einen Rückfall hinter diese Errungenschaften darf es nicht geben.

Unser Anspruch an eine erneuerte vertragliche Grundlage der Europäischen Union ist klar: Sie muss das demokratische Prinzip im institutionellen Gefüge der Europäischen Union weiter festigen, grundlegende, insbesondere auch soziale Rechte der Bürgerinnen und Bürger verbindlich festschreiben, durch vereinfachte Verfahren und gestärkte Kompetenzen und Institutionen die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sicherstellen sowie ein deutliches Bekenntnis zur Anerkennung nationaler, regionaler und lokaler Vielfalt enthalten und durch klare Kompetenzregeln festlegen, wann die Europäische Union und wann die Mitgliedstaaten oder regionale und kommunale Gebietskörperschaften handlungsbefugt sind. Die nachdrückliche Stärkung der sozialen Dimension des europäischen Einigungsprojektes stellt für uns als Sozialisten und Sozialdemokraten eine besondere politische Priorität dar. Die in der europäischen Grundrechte-Charta verankerten sozialen Grundrechte sind für uns tragende Pfeiler eines sozialen Europas der Zukunft. Sie stellen eine progressive Weiterentwicklung des europäischen Grundrechtsbestandes dar.

Der europäische Verfassungsvertrag enthält darüber hinaus wichtige Bausteine für ein demokratischeres Europa: Dazu gehören die weitere Stärkung der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes, die Einführung direktdemokratischer Elemente wie ein europäisches Bürgerbegehren, die Stärkung der demokratischen Kontrollrechte der nationalen Parlamente im europäischen Entscheidungsprozess sowie die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips.

Der Verfassungsvertrag umfasst zugleich wichtige Elemente, die die Handlungsfähigkeit der EU verbessern können: vereinfachte und transparentere Entscheidungsverfahren, die Ausweitung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat sowie klare Kompetenzregeln sind dabei von Bedeutung. Das Amt eines gewählten, ständigen Präsidenten des Europäischen Rates erhöht Kontinuität, Sichtbarkeit und Kohärenz europäischer Politik nach innen wie nach außen. Das außenpolitische Gewicht der EU kann zudem entscheidend durch einen europäischen Außenminister gesteigert werden, in dessen Händen die vielfältigen außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Instrumente und Aktivitäten der EU gebündelt werden. Durch einen weiteren Ausbau der europäischen Kompetenzen im Bereich der Innen- und Justizpolitik, insbesondere auch durch die Stärkung von Europol, kann die Handlungsfähigkeit zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität verbessert und ein wirksamer Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Europa verwirklicht werden.

Entlang dieser Leitlinien treten wir gemeinsam dafür ein, dass das europäische Einigungsprojekt bis zu den Europawahlen 2009 auf eine neue, verbesserte Vertragsgrundlage gestellt wird, die die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten in die Lage versetzt, die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu meistern. Die Zukunft Europas und seiner Menschen wird entscheidend davon abhängen, ob es Europa gemeinsam gelingt, auf eine sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung im Innern wie nach außen, auf die Sicherung des Friedens und die Durchsetzung der Menschenrechte in der Welt sowie auf die wirksame Bekämpfung des internationalen Terrorismus, des Klimawandels und der Armut weltweit hinzuwirken. In einer sich wandelnden, mehr und mehr zusammen wachsenden Welt, muss Europa dringlicher denn je den Mut und die Kraft aufbringen, auch sich selbst zu wandeln! Es gilt, die eigenen Grundlagen zu erneuern, wenn Europa seine Zukunft und die Zukunft der Welt zum Besseren mitgestalten will.

In Anbetracht der viele Themen umfassenden politischen Agenda, auf der außer der institutionellen Reform auch die Revision des Finanzrahmens im Jahr 2008 und die Fortführung der laufenden Beitrittsprozesse stehen, muss sich das deutsch-französische Vorgehen ohne Ausschluss anderer auf seine Stärke und Kompetenz besinnen. Auf dieser Grundlage werden PS und SPD eng zusammen arbeiten und während der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2007 und der französischen Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 dem politischen und sozialen Europa neuen Schwung verleihen. Aus dieser intensiven Zusammenarbeit wird eine gemeinsame Vision entstehen, die Europa neue Impulse verleihen kann.